



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2022/1590

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

14.06.2022

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	20.06.2022	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Konzept zur Information über die Entwicklungen zur Neuinbetriebnahme der
Sondermüllverbrennungsanlage
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 14.06.2022

Anlage/n:

1590 - Antrag

FRAKTION BÜRGERLISTE LEVERKUSEN
Kölner Straße 34 • 51379 Leverkusen
Tel. 0214-2027792 • Fax: 0214-2027793
fraktion.buergerliste@versanet-online.de
www.buergerliste.de



Leverkusen, den 14.6.2022

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die kommende Rats-sitzung:

Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept, das gewährleistet, dass die Ratsgremien zeitnah und umfassend über die Entwicklungen zur Neuinbetriebnahme der CURRENTA- Sondermüllverbrennungsanlage informiert sind : u.a. Bereitstellung von Gutachten Bezirksregierung, LANUV, MUNLV, CURRENTA, ...

Gleichmaßen stellt sie sicher, dass die Stadt/der Rat in die Lage versetzt wird, zu allen Entwicklungsstadien und zu allen Teilneu-inbetriebnahmen eine Stellungnahme **VOR** den entsprechenden Ord-nungsverfügungen der Bezirksregierung Köln abgeben kann.

Begründung :

Der dauerhafte Hinweis aus dem Dezernentenkollegium – Deppe, Lünenbach, Oberbürgermeister -, dass unsere Stadtverwaltung in diese Vorgänge **NICHT** involviert sei, ist oberflächlich, ja falsch. Richtig ist, dass die Genehmigungen zu dieser Anlage auf Basis des geltenden Rechts nicht von der Stadt erteilt werden.

Richtig ist aber auch, dass **WIR** - Rat und Leverkusener Verwaltung - für das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger Verantwortung tragen, die wir laut Verfassung/Gemeindeordnung vertreten.

Richtig ist zweifelsfrei auch, dass unsere Bürgerinnen und Bürger neben den Arbeitern/Angestellten von Currenta innerhalb dieser Anlage die **HAUPTBETROFFENEN** bei einem Unglücksfall sind und

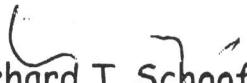
hierdurch erheblichen Schaden an Leib, Seele und Eigentum nehmen können.

Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Ratsgremien und ihre Verwaltung zu diesen Vorgängen umfassend informiert sein müssen und in die Lage gesetzt werden, zu diesen Vorgängen im Auftrage ihrer Bürgerinnen und Bürger Stellungnahmen abzugeben.

Sollten diese dann nicht beachtet werden, gibt es in unserer Demokratie zahlreiche Mittel, einen massiven Bürger-Protest zu organisieren.

Karl Schweiger Horst Müller

i.A.


Erhard T. Schoofs